

Der Protestantismus und seine politischen Einflusswege über
die Volksparteien in der Bundesrepublik Deutschland zwischen
1949 und 1989/90. Eine Untersuchungsskizze

Stefan Fuchs

I. Ein politikwissenschaftlicher Forschungsüberblick

Zeitgeschichtlich und theologisch ist der Protestantismus ein wissenschaftlich bereits vielseitig bearbeitetes Themengebiet. Die enge Verbindung vieler politischer Akteure mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der auch heute noch nach Mitgliederzahlen zweitgrößten Organisation in der Bundesrepublik Deutschland¹, würde es an sich nahelegen, dass sich im Feld der Politikwissenschaft Ähnliches feststellen lassen sollte. Diese Vermutung wird weiter gestützt durch die schon lange bekannten engen Verbindungen zwischen dem Protestantismus und den gesellschaftlichen Eliten² und auch durch unmissverständliche Aussagen führender Politiker selbst, die an der Bedeutung beider Kirchen für das politische System keinen Zweifel lassen:

„Wir betrachten sie [die Kirchen; *SF*] nicht als Gruppe unter den vielen der pluralistischen Gesellschaft und wollen ihren Repräsentanten darum auch nicht als Vertreter bloßer Gruppeninteressen begegnen. Wir meinen im Gegenteil, dass die Kirchen in ihrer notwendigen geistigen Wirkung umso stärker sind, je unabhängiger sie sich von

1 Vgl. *Eiken*, Joachim / *Schmitz-Velzin*, Ansgar: Die Entwicklung der Kirchenmitglieder in Deutschland. Statistische Anmerkungen zu Umfang und Ursachen des Mitgliederrückgangs in den beiden christlichen Volkskirchen. In: *Wirtschaft und Statistik* 6 (2010), 576–589, hier 589.

2 Vgl. *Bürklin*, Wilhelm et al.: *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*. Opladen 1997; Der Soziologe Ralf Dahrendorf sprach im Bezug auf die protestantischen Elitennetzwerke von einer protestantischen Mafia, die „nie beherrschend und trotzdem einflussreich“ die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik mitgeprägt habe; vgl. *Bickerich*, Wolfram / *Spörl*, Gerhard: Dahrendorf-Gespräch. Die wahre Revolution. In: *Der Spiegel* 15.1.1997, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8650386.html> (letzter Abruf 18.2.2015).

überkommenen sozialen oder parteilichen Bindungen machen. Im Zeichen deutlicher Freiheit wünschen wir die Partnerschaft.“³

Das Interesse an der Religion war und ist bei den Akteuren im politischen System der Bundesrepublik Deutschland stets präsent. Aus politikwissenschaftlicher Sicht wurden die Kirchen bisher allerdings kaum untersucht. Hauptgrund hierfür ist, dass sie sich oftmals mit den gängigen Analyse Kriterien nicht hinreichend erfassen lassen. Auch generelle Untersuchungen zum Verhältnis zwischen Politik und Religion in der Bundesrepublik Deutschland sind bisher nur als Randaspekte wahrzunehmen und zudem häufig jüngeren Datums.

Diese Beobachtung verdeutlicht, dass sich die Politikwissenschaft erst in den letzten zwei Jahrzehnten von der hemmenden Wirkung eines „naiven Säkularisierungsparadigmas“⁴ in der Untersuchung von Politik und Religion befreien konnte. Angesichts der inzwischen weitgehend anerkannten Tatsache, dass Religion auch in den westlich-liberalen Demokratien⁵ nach wie vor in einer Vielzahl relevanter Politikfelder⁶ erhebliche Einflüsse gelten machen kann, wächst inzwischen auch das politikwissenschaftliche Forschungsinteresse in diesem Bereich⁷. Hierbei fällt bei einer näheren Betrachtung allerdings

3 Regierungserklärung des Bundeskanzlers Willy Brandt vom 18. Januar 1973. In: Bulletin. Nr. 6 vom 19.1.1973. Hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 56.

4 *Liedhegener*, Antonius: Macht und Einfluss von Religionen. Theoretische Grundlagen und empirische Befunde der politischen Systemlehre und politischen Kulturforschung. In: Ders. / Tunger-Zanetti, Andreas / Wirz, Stephan (Hg.): Religion – Wirtschaft – Politik. Forschungszugänge zu einem aktuellen transdisziplinären Feld (Religion – Wirtschaft – Politik 1). Baden-Baden / Zürich 2011, 241–273, 243.

5 Zur genauen Definition liberaler Demokratien vgl. *Busch*, Andreas: Politische Mitwirkung des Protestantismus. In: Albrecht, Christian / Anselm, Reiner (Hg.): Teilnehmende Zeitgenossenschaft. Studien zum Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989 (Religion in der Bundesrepublik Deutschland 1). Tübingen 2015, 15–36, hier 33–36.

6 Vgl. *Liedhegener*, Macht (wie Anm. 4), 258f.

7 Vgl. *Pickel*, Gert: Demokratie, Staat und Religion. Vergleichende Politikwissenschaft und Religion. In: *Liedhegener*, Religion (wie Anm. 4), 275–303, hier 275–278.

auf, dass beinahe ausschließlich der Katholizismus und seine Merkmale als Untersuchungsgegenstände wahrgenommen werden⁸.

II. Theoretische Fassung

Ausgehend von diesem Forschungsstand widmet sich das Projekt zu Beginn einer grundlegenden politikwissenschaftlichen Erschließung des Protestantismus. Die Basis hierfür bildet zunächst das strukturell-funktionale Politikmodell nach David Easton und Gabriel A. Almond⁹. Durch die klare Fassung der einzelnen Bestandteile des politischen Systems wird hierin eine genaue Bestimmung der protestantischen Akteure innerhalb des politischen Systems möglich¹⁰. Grundsätzlich kann Religion, die als ein eigenständiges gesellschaftliches Subsystem zu fassen ist, hiernach an jedem Punkt des politischen Systems Einfluss erlangen, jedoch ist ihr Einfluss vor allem an der intermediären Schnittstelle zwischen der Gesellschaft und dem politischen System auf der Input-Seite¹¹ zu verorten¹². Hier finden sich als dominante Akteure bereits die Parteien. Der Blick soll im Folgenden

8 Dieser deutliche Unterschied lässt sich unter anderem aus dem Übergewicht gerade jüngerer politikwissenschaftlicher Literatur zum Katholizismus nachvollziehen, vgl. *Liedhegener*, Antonius: Macht, Moral und Mehrheiten. Der politische Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland und den USA seit 1960. Baden-Baden 2006; vgl. *Keppeler*, Johannes: Kirchlicher Lobbyismus? Die Einflussnahme der katholischen Kirche auf den deutschen Staat seit 1949. Marburg 2007; vgl. *Kösters*, Christoph u. a.: Was kommt nach dem katholischen Milieu? Forschungsbericht zur Geschichte des Katholizismus in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 49 (2009), 485–526.

9 Vgl. *Almond*, Gabriel A. u. a.: *Comparative politics. A theoretical framework*. New York 1993; vgl. *Easton*, David: *A systems analysis of political life*. New York 1965.

10 Vgl. *Czerwick*, Edwin: *Politik als System. Eine Einführung in die Systemtheorie der Politik*. München 2011, 56.

11 Unter Input versteht die politische Systemtheorie Einflüsse der gesellschaftlichen Umwelt, die über verschiedene Schnittstellen in das politische System eingespeist werden.

12 Vgl. *Liedhegener*, Macht (wie Anm. 4), 246; Liedhegener verweist darauf, dass religiöses Engagement gerade in Deutschland eng verknüpft ist mit parteipolitischem Engagement, vgl. *Liedhegener*, Antonius: Politik und Religion in der aktuellen politischen Wissenschaft. Mehr als politische Gewalt im Namen Gottes. In: *Zeitschrift für Politik* 58 (2011), 188–212, hier 208f.

daher auf einen bisher ausschließlich auf der makro-institutionellen Ebene und damit nur unzureichend genutzten Zugangsweg gelenkt werden, der sich gerade für die Politikwissenschaft anbietet und in dem eine ihrer Kernkompetenzen liegt: Die Parteienforschung.¹³ In den Mittelpunkt der Untersuchung wird somit gemäß der Leitperspektive des Projektes die „konventionelle“ Partizipation über Parteien gerückt. Diese fungierten demnach als Wirkungskanal für die Einflussnahme und Mitwirkung des Protestantismus an politischen Entscheidungsprozessen. Zugleich kam den Kirchen selbst stets politische Bedeutung zu, weshalb es notwendig ist, das vielschichtige Korrelationsgeflecht zwischen dem Protestantismus und den politischen Parteien aufzuschlüsseln und so einen Beitrag dazu zu leisten, wie der Protestantismus seinen Einfluss auf die politische Debatte organisiert und wahrgenommen hat¹⁴.

Unterstützung findet dieses Vorhaben durch seine Einbettung in den interdisziplinären Rahmen der DFG-Forschergruppe „Der Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989“, in der theologische, geschichtswissenschaftliche, juristische und politikwissenschaftliche Teilprojekte miteinander vernetzt zusammenarbeiten¹⁵.

III. Protestantische Einflusspotentiale über die Volksparteien

Um die protestantischen Einflusspotentiale aufzeigen und letztendlich auch einordnen zu können, sind gewisse Vorarbeiten zu leisten. Von Interesse ist hierbei zunächst vor allem, welche Einflusswege der Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1989/90 nutzt und welche Arten von Akteuren sich dabei auf seiner Seite feststellen lassen.

Grundlegend bedarf es also einer Bestimmung der protestantischen Akteure, die innerhalb oder über die Parteien Einfluss auf politische Schlüsselentscheidungen gewinnen konnten, oder dieses zumindest versuchten. Aus den ersten Untersuchungsergebnissen hat es

13 Vgl. *Beyme*, Klaus von: Parteien in westlichen Demokratien. München 21984, 11.

14 Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung von *Busch*, Mitwirkung (wie Anm. 5), 24–33.

15 Genauere Informationen zur Arbeit der Forschergruppe finden sich online unter: www.for1765.de.

sich in diesem Zusammenhang bereits als sinnvoll erwiesen, diese Akteursbestimmung anhand individueller Persönlichkeiten zu leisten¹⁶. In das Feld politikwissenschaftlicher Forschungsinteressen gelangt der Protestantismus jedoch erst, wenn ihm innerhalb des politischen Systems und besonders innerhalb konkreter politischer Schlüsselentscheidungen Einfluss als kollektiver Akteur nachgewiesen werden kann. Eine Grundbedingung hierfür ist der Nachweis, dass sich das „Ensemble individueller [protestantischer; SF] Akteure“¹⁷ tatsächlich als ein protestantisches Netzwerk konstruieren lässt. Dieser Voraussetzung folgend, ließe sich der Protestantismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland somit als ein kollektiver Akteur bestimmen, der durch das individuelle Handeln seiner Akteure immer wieder aufs Neue konstituiert wird.

Im Weiteren kann mit einer Unterscheidung nach strukturellen, individuellen und externen Einflusswegen über die Volksparteien eine differenziertere Betrachtung erfolgen. Beispiele für strukturelle Einflusswege sind fest konstituierte Gremien oder Gruppen innerhalb der Parteien, die sich explizit als protestantisch verstehen, wie etwa in den Unionsparteien der Evangelische Arbeitskreis (EAK), oder in der SPD beispielsweise die protestantische Gruppe in den 1950/60er Jahren, die unter anderem eine eigene Zeitschrift mit dem Namen „Politische Verantwortung. Evangelische Stimmen“ herausgab¹⁸. Das

16 Grundsätzlich sind als protestantische Akteure unter dieser Voraussetzung Personen zu verstehen, die folgende Bedingungen erfüllen: 1. Mitglied einer EKD-Gliedkirche, 2. Einen aktiven Bezug zur Kirche, 3. Inhaltliche Auseinandersetzung mit der Verkündigung der Kirche in ihrer vorfindlichen Form, 4. Beteiligung an ethischen/ gesellschaftlichen Debatten.

17 *Albrecht, Christian / Anselm, Reiner*: Der bundesdeutsche Nachkriegsprotestantismus – Erste Umrisse. In: Dies., *Zeitgenossenschaft* (wie Anm. 5), 387–395, 387.

18 Einen guten Einblick in die ersten zwei Jahrzehnte des EAKs bietet *Oppel-land, Thomas*: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU 1952–1969. In: *Historisch-Politische Mitteilungen* 5 (1998), 105–143; für die Stärkung protestantischer Gruppen innerhalb der SPD ist in den 1950er-Jahren vor allem auf den Eintritt der sogenannten GVP-Kohorte in die SPD 1957 hinzuweisen; vgl. *Müller, Josef*: Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 92). Düsseldorf 1990, 378–400.

Feld der individuellen Einflusswege, konkret also einzelner protestantischer Persönlichkeiten innerhalb der Parteien, ist im Vergleich dazu wesentlich unübersichtlicher. Zum einen konstituieren sie, wie schon weiter oben beschrieben, in immer neuen Zusammensetzungen den Protestantismus als kollektiven politischen Akteur, zum anderen verdeutlichen sie aber gerade auch in ihrem individuellen Handeln im politischen Feld ein besonderes Merkmal des Protestantismus, welches ihn entscheidend vom Katholizismus unterscheidet und mitverantwortlich dafür ist, dass er bisher von der Politikwissenschaft großzügig übersehen wurde: Seine besondere Pluralität¹⁹. Dementsprechend ist es eine der grundlegenden Aufgaben, diese Persönlichkeiten, zu denen beispielsweise Hermann Ehlers, Gerhard Schröder, Eugen Gerstenmaier und Roman Herzog in den Unionsparteien oder Gustav Heinemann, Erhard Eppler, Johannes Rau und Jürgen Schmude in der SPD gehören, zu identifizieren. Daran anschließend kann im Weiteren verfolgt werden, in welchen Ebenen der Parteien und in welchen Parteifunktionen sich protestantische Einflusspotentiale nachweisen lassen.

Die externen Einflusswege, also Akteure die selbst nicht direkt innerhalb der Parteien, aber doch über sie auf politische Schlüsselentscheidungen einwirken, sind nur schwer umfassend darzustellen. Von besonderem Interesse ist vor allem der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Für den Untersuchungszeitraum hatten dieses Amt mit Hermann Kunst und anschließend Heinz-Georg Binder zwei Persönlichkeiten inne, die in unterschiedlichen Fällen ungewöhnlich enge und persönliche Verhältnisse zu vielen politischen Akteuren gewinnen konnten²⁰.

19 Eine genauere Aufschlüsselung dieses bedeutenden Aspekts findet sich in *Fuchs, Stefan*: Politische Einflusswege des Protestantismus. In: Albrecht / Anselm, Zeitgenossenschaft (wie Anm. 5), 125–128.

20 Vgl. *Buchna, Kristian*: Ein klerikales Jahrzehnt? Kirche, Konfession und Politik in der Bundesrepublik Deutschland während der 1950er-Jahre. Baden-Baden 2014; vgl. *Kalinna, Hermann E.*: § 45 Verbindungsstellen zwischen Staat und Kirchen im Bereich der evangelischen Kirche. In: Listl, Joseph / Pirson, Dietrich (Hg.): Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland 2. Berlin 1995, 181–195; Hinweise zum Amt des Bevollmächtigten finden sich etwa auch bei *Inacker, Michael J.*: Zwischen Transzendenz, Totalitarismus und Demokratie. Die Entwicklung des kirchli-

Anhand von Fallanalysen wird im Weiteren ein vertiefter Einblick in die Praxis konkreter politischer Schlüsselentscheidungen gewonnen, mithilfe derer sich die unterschiedlichen protestantischen Einflusspotentiale in alltäglichen Prozessen nachvollziehen lassen²¹. Besonders hilfreich können hierbei beispielsweise die Erkenntnisse der Interessenverbandsforschung mit einbezogen werden, welche die Rolle des Protestantismus im Rahmen von Interessenvertretungsprozessen anhand der darin aufgeschlüsselten Schritte der Interessensaggregation, -selektion und -artikulation differenzierter unterscheidet²².

IV. Protestantismus und die Gewinnung politischen Einflusses

Letztendlich soll auf der Grundlage dieser Untersuchungen geklärt werden, inwieweit sich Einflusswege und -merkmale nachweisen lassen, welche eindeutig als protestantisch klassifiziert werden können und weitere Untersuchungen des Protestantismus, auch abgegrenzt gegenüber dem Katholizismus, in der Politikwissenschaft nahe legen. Vielversprechend erscheinen hier vor allem die Punkte, die auf eine starke Vernetzungsaffinität, eine daraus resultierende besondere Sprachfähigkeit und zudem auf ein hohes Moderationspotential als spezifische protestantische Einflusspotentiale hinweisen. Inwieweit sich diese Hinweise durch die Ergebnisse dieses Projekts erhärten lassen, ist noch offen, jedoch erscheinen die zwei zuerst genannten aufgrund der besonderen Pluralität des Protestantismus und seiner gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften stark individuellen und aktiven Engagementaufforderung²³ im politischen Feld, bereits in ersten Schritten als belegbar.

chen Demokratieverständnis von der Weimarer Republik bis zu den Anfängen der Bundesrepublik (1918–1959). Neukirchen-Vluyn 1994, 298f.

21 Konkrete Fallanalysen, die sich zur Offenlegung protestantischer Einflussmerkmale eignen, sind etwa der Wiederbewaffnungskonflikt in den 1950er-Jahren, die Konzeption einer neuen Ostpolitik in den 1960er-Jahren oder die familienpolitischen Entscheidungen der 1970er-Jahre.

22 Eine gute Übersicht über die konkrete Ausgestaltung dieses Prozesses findet sich bei *Webrmann, Iris*: Lobbying in Deutschland – Begriff und Trends. In: Kleinfeld, Ralf u. a. (Hg.): Lobbying. Strukturen, Akteure, Strategien (Bürgergesellschaft und Demokratie 12). Wiesbaden 2007, 36–64.

23 Vgl. *Thielicke, Helmut*: Theologische Ethik. Bd. 2/2: Ethik des Politischen. Tübingen 1958, 692–699.